

Helmut Kohl:

Wir sind fest verankert im Bündnis

Bundeskanzler Helmut Kohl gab in der 61. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Februar 1988 über die Ergebnisse des Europäischen Rates und die Gespräche in Washington eine Erklärung der Bundesregierung ab, in der er u. a. feststellte:

In den letzten Wochen sind eine Reihe wichtiger außenpolitischer Weichenstellungen erfolgt:

■ Wir haben dem europäischen Einigungswerk durch unsere Vereinbarungen mit Frankreich sowie durch die Entscheidungen des Europäischen Rates weit in die Zukunft reichende Impulse verliehen.

■ Wir haben den europäischen Pfeiler des Atlantischen Bündnisses durch die Verabschiedung der „WEU-Plattform Europäische Sicherheitsinteressen“ gestärkt, und wir werden nächste Woche auf dem NATO-Gipfel die Einheit und die Geschlossenheit der Allianz bekräftigen.

■ Mit dem Besuch des sowjetischen Außenministers in Bonn und meinem Besuch in Prag haben wir unsere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes weiterentwickelt.

Unsere Außenpolitik orientiert sich dabei an einem klaren Konzept: Wir verstärken kontinuierlich unsere Bindungen an unsere europäischen und atlantischen Partner und vergrößern damit unsere Möglichkeiten, konstruktive Beziehungen mit den Staaten des Warschauer Paktes zu entwickeln.

HEUTE AKTUELL

Außenpolitik

Der Kanzler hat neues Ansehen für unser Land erworben.
Seite 3

● Tarifpolitik

Heiner Geißler:
Der Lernprozeß der SPD ist zu begrüßen. Seite 4

● Montanrunde

Ein weiterer Erfolg
von Helmut Kohl / Bonn hilft
dem Ruhrrevier. Seite 5

● Frauen-Union

Bericht vom Bundesdelegierten-
tag in Bonn. Seite 10

● Expertengespräch

Für Kinder bleibt noch viel
zu tun. Seite 11

● Öffentlichkeitsarbeit

Flugblatt und Wandzeitung.
Seite 14/16

● Dokumentation

Fortpflanzungsmedizin und
Gentechnologie. Grüner Teil

Für die deutsche Außenpolitik gibt es deutliche Prioritäten:

1. Wir sind fest verankert in unserem Bündnis. Genauso, wie wir Anfang der achtziger Jahre Schrittmacherdienste für die Erhaltung der gemeinsamen Sicherheit geleistet haben, tun wir dies heute für die Fortsetzung des Prozesses der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

2. Wir arbeiten — gerade in unserer Verantwortung als Präsidentschaft der EG — konsequent auf das Ziel der Europäischen Union hin. Dabei ist die deutsch-französische Zusammenarbeit Motor der europäischen Einigung.

3. Wir verlieren, wenn wir mit unseren Partnern am Europa von morgen bauen, nicht das ganze Europa, seine kulturelle und geschichtliche Einheit aus dem Blick. Gemeinsam mit unseren Freunden, Partnern und Verbündeten zielt unsere Politik darauf, die unnatürliche Trennung unseres Kontinents zu überwinden und die Grenzen zwischen Ost und West durchlässiger zu machen.

Nur auf der Grundlage einer festen Verankerung im Westen und mit dem Rückhalt bei unseren Verbündeten können wir auch eine aktive Deutschlandpolitik betreiben. Die Überwindung der deutschen Teilung ist Auftrag unserer Geschichte.

Wir wollen als Deutsche mit unseren Freunden und Nachbarn versuchen, Trennendes in Europa und damit auch Trennendes in Deutschland zu überwinden. Jeder weiß: Die Teilung Deutschlands ist immer auch die Teilung Europas. Seit Konrad Adenauer war es die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die deutsche Frage im europäischen Rahmen zu sehen. Diese Erkenntnis führt dazu, Lösungen nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu suchen.

Wir werden unser Ziel der Freiheit und Einheit Deutschlands gemäß dem Auftrag des Grundgesetzes beharrlich verfolgen. Wir müssen aber zugleich mit Geduld und Zähigkeit weiter daran arbeiten, das heute für die Menschen in Deutschland Machbare zu erreichen.

Mit dem Abschluß des Europäischen Rates in Brüssel, mit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Abkommens in Paris und mit dem überzeugenden deutsch-amerikanischen Einklang hat unsere Außenpolitik zugleich Stetigkeit und Fortschritt bewiesen.

In unseren Gesprächen und Verhandlungen mit führenden Politikern der Sowjetunion und anderer Warschauer-Pakt-Staaten — wie Bulgarien, Ungarn, Polen oder die CSSR — hat unsere Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit dem Osten zu weiterführenden Ergebnissen geführt. Wir werden und wollen diese erfolgreiche Politik zum Wohle unseres Landes entschlossen fortführen.

Renten für Contergan-Geschädigte werden erhöht

Rückwirkend zum 1. Januar 1988 werden die Renten für Contergan-Geschädigte um sechs Prozent erhöht werden. Dies hat die Bundesregierung einstimmig beschlossen. Für mehr als 2.800 Betroffene bedeutet dies eine weitere Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Seit Gründung der Stiftung im Jahr 1971 sind für Kapitalentschädigungen und monatliche Renten über 320 Mio DM aufgewendet worden. Darüber hinaus fördert die Stiftung Einrichtungen der Behindertenhilfe, vor allem den Bau von Wohnheimen. Dafür wurden bisher ca. 90 Mio DM zur Verfügung gestellt.

Der Kanzler hat neues Ansehen für unser Land gewonnen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt dem Bundeskanzler für zwei große staatsmännische Leistungen, die er in den letzten Wochen für Deutschland erbracht hat: Helmut Kohl hat als EG-Ratspräsident die Gemeinschaft aus ihrer tiefsten Krise herausgeführt und Europa damit neue Perspektiven gegeben. Wenige Tage später hat er in Washington mit Nachdruck deutsche Sicherheitsinteressen im Rahmen der Sicherheitsinteressen der Allianz vertreten. Gerade dadurch, daß er es mit Nachdruck getan hat — unbeirrt, aber als ein treuer Verbündeter —, hat er neues Ansehen nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland gewonnen. Helmut Kohl ist heute ein in aller Welt angesehener Staatsmann, stellt Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers in Washington erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe: Die Gespräche waren ein wichtiger Erfolg für Bundeskanzler Helmut Kohl, insbesondere was die Frage der Nuklearwaffen mit Reichweiten unter 500 km betrifft. Hier wurde unsere Position von der amerikanischen Seite bestätigt: Es wird keine isolierten Modernisierungsentscheidungen geben, Grundlage für künftige Maßnahmen der Sicherheit und Rüstungsbegrenzung wird ein umfassendes Gesamtkonzept des Bündnisses sein. Auch die erneute Festlegung der amerikanischen Seite, daß die chemischen Waffen bis 1992 vom deutschen Boden abgezogen und keine neuen dafür herkommen werden, gehört dazu.

Diese Festlegungen konnten nur erreicht werden, weil bei der amerikanischen Regierung wie beim Kongreß großes Vertrauen in die Standfestigkeit des Bundeskanzlers besteht.

Jetzt muß umgehend die Zeit genutzt werden, um bündnisintern die Überlegungen für das Gesamtkonzept auszuarbeiten. Erste konkrete Impulse dafür sollte der Brüsseler NATO-Gipfel geben. Ein Teilziel in diesem Gesamtkonzept sollte es sein, die Rolle der Nuklearwaffen in Europa auf das qualitativ und quantitativ erforderliche absolute Mindestmaß zu begrenzen. Die Erarbeitung des umfassenden Gesamtkonzepts sollte und darf jedoch nicht dahingehend mißverstanden oder gar mißbraucht werden, als könnten die notwendigen und auch machbaren Schritte der Rüstungsbegrenzung wie der Sicherung unserer Verteidigungsfähigkeit weit vor uns hergeschoben werden. Was Verhandlungen zur europäischen Rüstungskontrolle betrifft, so ist jetzt das Schwergewicht auf den Abbau der konventionellen Ungleichgewichte und der Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakts zu legen, um hier möglichst bald erste konkrete Ergebnisse zu erreichen.

Zitat

„Helmut, Sie waren einer der Helden damals bei der Durchsetzung der Nachrüstung in Europa, und ohne diese hätten wir kein INF-Abkommen erhalten, da gibt es nicht den geringsten Zweifel.“

(Außenminister Shultz
auf einem Empfang in Washington)

Heiner Geißler:

Lernprozeß der SPD ist zu begrüßen

Wenn Teile der SPD mittlerweile einsehen, daß Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich volkswirtschaftlich nicht vertretbar sind und keinen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten, so ist dieser Lernprozeß zu begrüßen, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Im Gegensatz zur Mehrheit der Sozialdemokraten schwenkt eine Minderheit damit auf den vernünftigen Kurs ein, den die CDU bereits seit langem vertritt. So heißt es in den Stuttgarter Leitsätzen der CDU vom Mai 1984:

„Eine Verkürzung der Regelarbeitszeit ist — wie in der Vergangenheit — allerdings möglich, wenn

- dies der jährliche Produktivitätszuwachs erlaubt,
- statt Lohnerhöhungen eine Arbeitszeitverkürzung erfolgt, oder
- eine Kombination von beiden vorgenommen wird.

Damit würden die Tarifpartner in Zukunft einen Einkommensbegriff zugrunde legen, der Barlohn, Freizeit und auch Vermögensbildung umfassen kann.“

Die Tarifparteien dürfen die Tarifaufonomie nicht darauf reduzieren, immer bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen nur für Arbeitsplatzbesitzende zu erreichen. Die Tarifverhandlungen sollten von einer neuen Solidarität bestimmt sein, die Arbeitslose mit einbezieht. Eine Tarifaufonomie, die auf Dauer nur den Arbeitsplatzbesitzenden nützt, ist nicht konsensfähig.

In einer Situation anhaltend hoher Arbeitslosigkeit sind Arbeitszeitverkürzungen ein Instrument einer neuen Solidarität der Arbeitsplatzbesitzenden mit den Arbeitslosen und ein Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für Arbeitsuchende. Arbeitszeitverkürzung schafft aber nur dann neue Arbeitsplätze, wenn Arbeit und Arbeitslohn geteilt werden.

Diese Grundsätze gelten auch für die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, deren Forderungen nach Verringerung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und zusätzlichen Lohnerhöhungen nur als ein Schlag ins Gesicht von arbeitsuchenden Mitbürgern bezeichnet werden können. Wer weniger arbeiten und mehr verdienen will, denkt nur an sich und nicht an andere. Solcher Eigennutz kann auch nicht durch die ÖTV-Argumentation bemäntelt werden, auf diesem Weg seien neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Hamburg hat die meisten Volkszählungsboykotteure

In Hamburg sind mehr als 150.000 Fragebögen zur Volkszählung immer noch nicht zurückgeschickt. Damit liegt die Stadt noch vor München und Frankfurt. Nach einer dpa-Umfrage fehlen dort noch rund 35.000 beziehungsweise 22.000 Bögen. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, Egon Hölder, schätzt die Verweigerungsquote insgesamt jedoch auf weniger als zwei Prozent.

Montankonferenz:

Ein weiterer Kanzler-Erfolg

Mit dem Erfolg der Montankonferenz bei Bundeskanzler Kohl ist ein wichtiger Schritt zur Bewältigung der Strukturkrisen an Rhein und Ruhr gemacht worden. Die Menschen in der Region bekommen wieder eine Perspektive, sie werden mit ihren Arbeitsmarktproblemen nicht allein gelassen, stellt Rudolf Seiters, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Mit dieser Konferenz ist aber auch ein bedeutsamer strukturpolitischer Wandlungsprozeß in Gang gesetzt worden, der der gesamten Bundesrepublik zugute kommt, denn das Ruhrgebiet ist nach wie vor unser industrielles Kerngebiet. Und wenn dort das wirtschaftliche Wachstum gering ist und die Arbeitslosigkeit hoch, dann hat dies beachtliche Auswirkungen auf die gesamte Bundesrepublik. Immerhin entfallen 27% unseres Bruttosozialproduktes auf Nordrhein-Westfalen und fast ein Drittel aller Arbeitslosen.

Die Konferenz hat aber auch gezeigt, daß es Nordrhein-Westfalen nicht schafft, aus eigener Kraft mit lange angestauten Problemen fertig zu werden. Davon kann sich die SPD nicht freisprechen. So hat sich z. B. die Investitionsquote im nordrhein-westfälischen Haushalt von 22,4 v. H. im Jahre 1979 auf 13 v. H. im Jahre 1987 verringert. Die Landesregierung in Düsseldorf hat nun die zusätzliche Finanzausstattung und vor allem den Ideenschub erhalten, die bei entsprechender Eigenleistung und Eigenanstrengung die Modernisierung des Reviers einleiten. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben es dem Kanzler aber auch nahegelegt, auf einer Erfolgskontrolle der jetzt

verabredeten Projekte zu bestehen, denn immerhin sind seit 1983 etwa 70 Mrd. DM nach Nordrhein-Westfalen geflossen, ohne daß entsprechende Wirkungen bei der wirtschaftlichen Dynamik des Landes zu verzeichnen gewesen wären. Daher ist Kanzleramtsminister Schäuble von seiten der Bundesregierung mit der Beobachtung der konkreten Umsetzung der Bundesvorschläge in Nordrhein-Westfalen beauftragt worden.

Sollen die jetzt von der Bundesregierung gemachten Vorschläge und Zusagen den beabsichtigten Erfolg haben, wird dies nicht ohne tiefgreifende politische Neuorientierung der SPD in Nordrhein-Westfalen und im Bund gehen. Die Solidarität, die die Bundesregierung gegenüber dem Ruhrgebiet gezeigt hat, kann keine Einbahnstraße sein. Weder kann die Bundesregierung an der Verantwortung der Landesregierung vorbei und gegen ihre Mitarbeit das Ruhrgebiet modernisieren, noch kann die SPD innerhalb des Konferenzsaals die Hilfe der Bundesregierung in einer von ihr zu verantwortenden verfahrenen Situation erbitten und außerhalb des Saals, zusammen mit den Gewerkschaften, die Konfrontation suchen. Insbesondere in zwei zentralen Punkten deutscher Politik wird die SPD umdenken müssen:

■ Die von der Bundesregierung bereitgestellten 500 Mio. DM kommen aus der Bundeskasse. Die Belastungen, die damit verbunden sind, wird die SPD mittragen und mitverantworten müssen. Die SPD ist aufgerufen, von ihrer maßlosen Kritik an der Haushaltspolitik der Bundesregierung Abstand zu nehmen und zu einer

pragmatischen Beurteilung zurückzukehren.

■ Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen und bereitgestellten Projekte stammen fast alle aus dem Bereich der Hochtechnologie. Wenn die SPD nicht ihre grundsätzliche Einstellung zur modernen Technologie und zur Industrieansiedlungspolitik, die bis jetzt ein Investitionshemmnis ersten Ranges in Nordrhein-Westfalen darstellt, ändert, werden auch diese Initiativen im Sande verlaufen. Dazu gehören an erster Stelle eine Rückkehr zur früher gemeinsamen Position des Energieverbundes aus Kohle und Kernenergie. Nur so kann das Ruhrgebiet die deutsche Energiezentrale bleiben.

Bundeskanzler Kohl hat zu Recht diese Konferenz einberufen. Konfrontation, wie sie in den letzten Wochen von der SPD und Teilen der Gewerkschaften betrieben worden ist, ist unfruchtbar. Auch die Skepsis, die von manchen Unternehmern und ihren Verbänden geäußert wurde, war unbegründet. Der Bundeskanzler hat die Parteipolitik hinter den festen Willen gestellt, den Menschen in der Region zu helfen. Gemeinsame Anstrengungen lohnen sich. Nach dem erfolgreichen Abschluß des EG-Gipfels in Brüssel, nach der Bestätigung deutscher Positionen zur Abrüstung in Washington ist dies ein weiterer, ganz persönlicher Erfolg des Kanzlers.

Zur Montankonferenz erklären der Vorsitzende der Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Wilhelm Rawe**, und sein Stellvertreter, **Hans-Peter Schmitz** (Baesweiler): Die 58 CDU-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen danken Bundeskanzler Helmut Kohl für sein entschlossenes Handeln für das Ruhrgebiet. Die Konferenz beim Bundeskanzler ist ein Erfolg für die deutsche Montan-Region. Der Blick ist nach vorn gerichtet — die Chancen der Auf-

bruchstimmung müssen jetzt genutzt werden. Regierungen, Unternehmen und Gewerkschaften haben das Gemeinsame über das Trennende gestellt — das läßt die Menschen für die Zukunft hoffen.

Doch sollte jedem klar sein: Mit Geld allein ist die Zukunft nicht zu sichern — nur neue Ideen können den Strukturwandel zur Schaffung von Arbeitsplätzen gewährleisten. Erneuerung beginnt im Kopf und nicht in der Brieftasche.

Ein Maßstab für die Modernisierung des Ruhrgebiets bleibt die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir rufen deshalb die deutschen Unternehmen auf, große und kleine, sich wieder verstärkt im Ruhrgebiet niederzulassen und mit der Schaffung von zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen ein Stück soziale Verantwortung zu übernehmen.

Die Konferenz beim Bundeskanzler hat ein Signal für die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen gesetzt.

Bonn kurbelt Städtebauförderung an

Das Städtebauförderungsprogramm der Bundesregierung, das in den nächsten drei Jahren Ausgaben von rund zwei Milliarden Mark vorsieht, läuft im März an. Wie Bundesbauminister Schneider in Bonn mitteilte, stehen jährlich rund 660 Millionen Mark als Fördermittel zur Verfügung. Da der Bundesanteil ein Drittel der Gesamtkosten abdeckt und Länder wie Gemeinden weitere zwei Drittel der Baukosten aufbrächten, würden damit in den nächsten drei Jahren insgesamt rund sechs Milliarden Mark für die Aufgabener der Stadt- und Dorferneuerung eingesetzt.

Hilfen für das Revier

Die Bundesregierung will Nordrhein-Westfalen mit 500 Mio. DM und einem umfangreichen Maßnahmenbündel helfen, die Strukturkrise an Rhein und Ruhr zu überwinden.

Bei der von ihm einberufenen Ruhrgebietskonferenz kündigte Bundeskanzler Helmut Kohl an, daß die geplante Deutsche Agentur für Raumfahrangelegenheiten DARA in Nordrhein-Westfalen in unmittelbarer Nähe zum Sitz der Bundesregierung eingerichtet werden soll. Bundeskanzler Kohl machte die Vergabe der Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ davon abhängig, daß auch die Länder einen entsprechenden Beitrag leisten. Zur Förderung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen in den Montanregionen stünden dann mehr als eine Milliarde DM zur Verfügung. Auf das Ruhrgebiet würden davon rund 400 Mio. DM Bundesmittel, weitere 100 Mio. DM EG-Mittel und 500 Mio. DM Landesmittel entfallen.

Ferner kündigte Bundeskanzler Kohl noch eine Reihe anderer Maßnahmen an: Duisburg soll einen Freihafen bekommen. Der Bundesfinanzminister wird eine entsprechende Änderung des Zollgesetzes einleiten. Die Stadt soll Schwerpunktort in der Regionalförderung mit einem Fördersatz von bis zu 18 Prozent werden.

Die Bundespost wird ihre Investitionen im Ruhrgebiet verstärken und über ihre bisherigen Planungen hinaus in diesem Jahr bis zu 500 Mio. DM zusätzlich in Nordrhein-Westfalen investieren.

Im Bereich der Verkehrspolitik werden Maßnahmen überlegt, mit denen Investitionen der Bundesbahn und im Bereich des Straßenbaus im Ruhrgebiet verstärkt

und vorgezogen werden können. Im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik sollen Hochtechnologieentwicklungen im Zusammenhang mit der Dortmunder Elektronenspeicheranlage gefördert und weitere Institute der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) eingerichtet werden.

Das Bundesbildungsministerium will vorhandene Ausbildungskapazitäten, auch am Stahlstandort Rheinhausen, sichern und sich außerdem um weitere Kapazitäten für die berufliche Bildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten kümmern. In der Umweltpolitik will Bonn 20 Modellvorhaben im Rahmen des Programms „Investitionen zur Vermeidung von Umweltbelastungen“ mit einem Investitionsvolumen von 120 Mio. DM in Nordrhein-Westfalen unterstützen. An der Universität Duisburg soll aus Mitteln des Bundesumweltministeriums ein neues Institut für Umwelttechnologie gefördert werden.

DKP-Mitglied im Gewerkschaftsvorstand

In der Gewerkschaft Holz und Kunststoff haben die Kommunisten einen neuen Erfolg ihrer Einfluß- und Bündnispolitik errungen: Am 20. Februar haben die Delegierten dieser Gewerkschaft ein langjähriges Mitglied der DKP in ihren Vorstand gewählt und ihm ausgerechnet den Bereich „Personal und Finanzen“ zugewiesen. Während der Bundesvorstand des DGB im vergangenen Dezember seinen Unvereinbarkeitsbeschluß für die NPD auf zwei andere rechtsextremistische Vereinigungen ausgedehnt hat, läßt ein vergleichbarer Beschluß gegenüber der DKP seit Jahren auf sich warten.

Wirtschaftliche Entwicklung zeigt weiter nach oben

Die Deutsche Bundesbank hat in ihrem neuesten Monatsbericht bestätigt, daß die Lage der deutschen Wirtschaft gut ist und daß die Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung günstig sind. Auch wenn die Bundesbank bei den deutschen Exporten einen Anpassungsprozeß aufgrund der gegenwärtigen Tendenz der Weltkonjunktur erwartet, sieht sie die weitere wirtschaftliche Entwicklung positiv.

Zur Jahreswende war die Konjunktur trotz zeitweiliger Belastungen durch die Turbulenzen an den internationalen Finanz- und Devisenmärkten weiter aufwärts gerichtet. Das reale Bruttosozialprodukt ist vom dritten zum vierten Quartal 1987 saison- und kalenderbereinigt um gut ein halbes Prozent gewachsen; das Vorjahrsniveau wurde zuletzt um zweieinhalb Prozent übertroffen.

Mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum stieg in den vergangenen Monaten auch die Beschäftigtenzahl. Dennoch war der Beschäftigungszuwachs nicht groß genug, um allen Personen, die in dieser Zeit zusätzlich Arbeit suchten, einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Daher ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen bis Ende 1987 leicht gestiegen.

Schrittmacher der Konjunktur blieb auch in den letzten Monaten 1987 die Binnennachfrage. Ihr Wachstum hat sich sogar etwas verstärkt. Insgesamt ist der Güterabsatz im Inland saisonbereinigt vom dritten zum vierten Quartal 1987 dem Volumen nach um anderthalb Prozent gestiegen. Die nun schon seit längerem zu beobachtende kräftige Ausweitung des Inlandsabsatzes ist nach Auffassung der

Deutschen Bundesbank umso bemerkenswerter, als die Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland praktisch nicht mehr wächst und zeitweise sogar zurückgegangen ist. Mit der kräftigen Zunahme der Inlandsnachfrage trägt die Bundesrepublik Deutschland zum internationalen Anpassungsprozeß bei; denn die Expansion der Binnennachfrage ging erheblich über das Wachstum der Inlandsproduktion hinaus und verstärkte den Importsog.

Die stärksten Antriebskräfte der Binnennachfrage gingen Ende 1987 weiterhin vom privaten Verbrauch aus. Er war im vierten Quartal letzten Jahres real um gut dreieinhalb Prozent höher als im Vorjahr. Die Grundlage dieser Entwicklung ist in erster Linie in dem anhaltenden Anstieg der privaten Einkommen zu sehen. Dies ist seit Ende der siebziger Jahre der stärkste reale Einkommenszuwachs, der bei zwar mäßigen Erhöhungen der Nominal-einkommen, aber bei praktisch stabilen Preisen und seit 1986 bei ermäßigten Steuern erzielt wurde, stellt die Bundesbank fest.

Die Bundesregierung erwartet in ihrem im Januar veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht 1988 eine anhaltende wirtschaftliche Aufwärtsbewegung. Das Bruttosozialprodukt wird danach vermutlich um anderthalb bis zwei Prozent wachsen. Die nach wie vor stärkste Konjunkturstütze sieht die Bundesregierung auch für dieses Jahr im privaten Verbrauch, dessen Anstieg sie mit zweieinhalb bis dreieinhalb Prozent veranschlagt. Die Bundesregierung erwartet schließlich die Schaffung von rund 60.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Niemand darf sich bei der Lösung des Pflegeproblems davonstehlen

Fast 90 Prozent aller Pflegebedürftigen werden heute in der Familie gepflegt. Oftmals sind die Familien dadurch total überlastet. Deshalb will die Bundesregierung die Hilfe bei der häuslichen Pflege kräftig ausbauen. Diese Absicht ist Bestandteil der Strukturreform im Gesundheitswesen. Dieser Einstieg in die Absicherung der häuslichen Pflege wurde bei einem Expertengespräch der CDU im Konrad-Adenauer-Haus übereinstimmend begrüßt. Am 24. Februar diskutieren Experten der Wohlfahrtsverbände, der Sozialverbände und Behindertenorganisationen über das Thema „Herausforderung Pflege — Chance für neue Arbeit“.

Übereinstimmend sahen die Experten die Schritte der Bundesregierung als einen entscheidenden Einstieg an. Als weiteren Schritt forderten sie eine Anerkennung von Pflegeleistungen in der Rentenversicherung. In der Tat: Es ist zutiefst ungerade, daß meistens Frauen zugunsten von Pflegebedürftigen auf eine eigene soziale Absicherung verzichten müssen. Die Anerkennung im Rentenrecht ist daher ein elementares Gebot der Gerechtigkeit, stellt **Hermann Arentz**, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Sozialpolitik“ der CDU, fest.

Zur Unterstützung der Pflegepersonen wurde des weiteren der Ausbau von ambulanten sozialen Diensten, Sozialstationen, Tageskliniken und Tagespflegeheimen gefordert. Allein ein größeres Angebot solcher Einrichtungen kann auf Dauer die Bereitschaft zur häuslichen Pflege aufrecht erhalten und die Pflegenden vor Überforderung schützen. Der

Umgang mit pflegebedürftigen Personen braucht eine neue Qualität. Weg von der reinen Verwahrpflege, hin zur aktivierenden Pflege. Sehr eindrucksvoll untermauerten Experten aus der Geriatrie, welche Erfolge sie in geriatrischen Tageskliniken und Tagespflegeheimen erzielten. Pflegebedürftige Personen gewannen durch Rehabilitation ihre Selbständigkeit zurück und können weiter in ihren eigenen vier Wänden leben. Teilstationäre Angebote sind jedoch bis heute zu wenig ausgebaut. Hier liegt eine bedeutende Zukunftsaufgabe.

Übereinstimmung bestand bei den Experten, daß auch in Zukunft eine Unterstützung der humanen Altenpflege unverzichtbar sei. Heimpflege darf nicht diskriminiert werden. Die Mitarbeiter in der ambulanten und stationären brachten drei zentrale Forderungen ein:

- Eine optimale Ausbildung des Pflegefachpersonals, insbesondere der Altenpflege.
- Berufsbegleitenden Weiterbildung.
- Deutliche Anhebung des Personalschlüssels in Sozialstationen und Heimen. Der höhere Stellenschlüssel und eine bessere Ausbildung sind insbesondere notwendig zur psychosozialen Unterstützung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen.

Eine wichtige Aufgabe in der Kontaktpflege mit Pflegebedürftigen kommt den ehrenamtlichen, sozialen Engagement zu.

Notwendig zur Lösung all dieser Probleme ist jedoch eine Konzentrierte Aktion von Bund, Ländern, Kommunen und Krankenkassen. Niemand darf sich bei der Lösung des Problems „Pflege“ davonstehlen.

Leben wagen – Zukunft gewinnen

Unter diesem Motto fand am 20./21. Februar 1988 in Bonn der 16. Bundesdelegiertentag der Frauenvereinigung der CDU statt. Gemäß eines Beschlusses auf dieser Tagung nennen sich die Frauen in der CDU jetzt Frauen-Union. Der neue Name macht deutlich, was das Anliegen dieser Vereinigung seit ihrer Gründung war: Die Frauen wollen ihre Anliegen in die Unionspolitik mit einbringen, die Frauenpolitik soll ein wichtiger Teil der Politik der CDU sein. Im Gegensatz zu früheren Jahren weiß die Partei heute längst: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen, so die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, in ihrer Eröffnungsrede.

Leben wagen – Zukunft gewinnen, das Motto wurde auf dem Bundesdelegiertentag in drei Foren mit verschiedenen Schwerpunkten vertieft. Es ging um den Schutz des Lebens, die Sicherung des Friedens und die Neubewertung der Arbeit. An der Diskussion in den Foren nahmen Wissenschaftler/innen und Politiker/innen als Experten teil.

Mit der Thematik Arbeit/Arbeitswelt setzte sich auch der Entschließungsantrag des Bundesvorstandes der Frauen-Union auseinander, der von den Delegierten beschlossen wurde. In dem gefaßten Beschluß wird sehr deutlich, worauf es den Frauen ankommt, wenn die neue Partnerschaft von Mann und Frau in Familie und Beruf Wirklichkeit werden soll: Die Arbeitswelt muß durch Maßnahmen der Flexibilisierung der Arbeitszeit und durch den Ausbau von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen familienfreundlicher gestaltet werden. Dadurch könnten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser ermöglicht werden.

Außerdem soll die Spaltung der Arbeitswelt in Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit in Familie und Ehrenamt abgebaut werden. Die Arbeit, die oft von Frauen erbracht wird, wie die Erziehung der Kinder, die Pflege älterer Menschen und die Haushaltsführung sind vom Wert her mit einer Erwerbstätigkeit gleichzusetzen.

Ein weiterer wichtiger Tagungsordnungspunkt war die Neuwahl des Bundesvorstandes. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 98 Prozent der Stimmen wurde die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Rita Süßmuth, in ihrem Amt als Vorsitzende der Frauen-Union bestätigt. Auch ihre Stellvertreterinnen, Roswitha Verhülshofen MdB, Ursula Benedix-Engler und Leni Fischer MdB, fanden erneut viel Zustimmung und Unterstützung durch die Delegierten.

Frühjahrsmesse übertraf alle Erwartungen

Die Internationale Frankfurter Frühjahrsmesse hat die hochgesteckten Erwartungen erfüllt. Zum Abschluß der fünftägigen Konsumgütermesse meldete die Messegesellschaft einen gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenen Zufriedenheitsgrad bei den Ausstellern und ein Plus bei den Besuchern von etwa acht Prozent. Kennzeichnend für die Frankfurter Frühjahrsmesse seien rege Ordertätigkeit sowie relative Ruhe bei Preisgesprächen gewesen. Wie prognostiziert, habe sich der private Verbrauch als Säule und Motor der Konjunktur erwiesen. Insgesamt zeigten sich 81 Prozent der Aussteller zufrieden, sieben Prozent mehr als vor Jahresfrist.

Expertengespräch im Adenauer-Haus

Für Kinder bleibt noch viel zu tun

„In der Bundesrepublik mangelt es nicht an Kinderwünschen, sondern an der Umsetzung dieser Kinderwünsche, an der Möglichkeit, mit Kindern weniger von Friktionen belastet zu leben, als dies heute tatsächlich der Fall ist. Mir scheint es wichtig, daß wir im öffentlichen Bewußtsein und in der Praxis nicht länger Kindeswohl und Elternwohl gegeneinander ausspielen, sondern sie in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten und Bedingungen sehen“ — so führte die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Bundesministerin Rita Süßmuth, zu Beginn des Expertengesprächs der CDU „Für Kinder bleibt noch viel zu tun“ (2. Februar 1988) aus.

Das große Interesse am Expertengespräch ließ erkennen, daß über die Dringlichkeit einer wirksamen Politik für das Kind Konsens besteht.

Familienpolitische Leistungen müssen aufgebaut werden.

Einigkeit bestand auch darin, daß im Rahmen der Politik durch die seit 1982 eingeleiteten familienpolitischen Maßnahmen erste wichtige Schritte erfolgt seien, um den Ansprüchen und Bedürfnissen von Kindern gerecht zu werden. „Diese Maßnahmen beruhen auf unserer Überzeugung, daß die Familie eine grundlegende Lebensgemeinschaft für das Kind ist“ — so Rita Süßmuth. Die Beständigkeit familiärer Beziehungen, die auch Belastungen durchsteht, gebe Kindern das notwendige Vertrauen in die Zukunft und den Wert der eigenen Person. Gewünschte Beständigkeit familiärer Beziehungen setze voraus, daß Müttern

und Vätern die Gelegenheit gegeben werde, ihren Kindern die notwendige Zuwendung, Betreuung und Erziehung zu geben. Deshalb sei die Einführung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubes mit Beschäftigungsgarantie ein wichtiger Durchbruch gewesen, der nicht nur eine materielle Verbesserung für Familien bedeute, sondern darüber hinaus eine Neubewertung der Familientätigkeit beinhalte.

Wirksame Politik für das Kind betrifft alle gesellschaftspolitisch relevanten Politikbereiche.

Frau Süßmuth machte auch deutlich, daß eine Politik für das Kind nicht gleichzusetzen sei mit Familienpolitik. Eine solche Beschränkung verfestige die Entwicklung von „Schutzzonen“ für Kinder. Eine wirksame Politik für das Kind und seine Bedürfnisse sei quer durch alle gesellschaftspolitisch relevanten Politikbereiche anzusetzen. Dies war dann auch eine zentrale Fragestellung im Gespräch der Experten: Wie können in den Bereichen der Städtebau-, Wohnungs- und Verkehrspolitik, in den Bereichen von Bildungs-, Medien- und Rechtspolitik die Interessen der Kinder wirksam aufgenommen werden?

Der Tübinger Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Ludwig Liegle beschrieb den tiefgreifenden Wandel, den die Familie erfahren hat, weil Tätigkeiten und Personen aus dem Familienhaushalt „ausgewandert“ seien. Er machte deutlich, daß die Situation der Familie aufs engste verknüpft sei mit dem Weg und Charakter unserer Kultur, „einer Kultur der warenproduzierenden Arbeit, einer Kultur, der nach dem Muster industrieller Arbeit

geprägten Zeitschemata, einer Kultur des Habens, des Konsums, der Massenmedien, einer Kultur der konkurrierenden Werte, Normen und Leitbilder.“ Voraussetzung zu einer wirksamen Politik für das Kind „ist ein öffentliches Bewußtsein über die Folgen des fortschreitenden Zivilisationsprozesses für die Vital-situation unserer Kinder“.

Wir brauchen mehr kollektiven Familiensinn.

Liege forderte eine familiengerechte Steuergesetzgebung und Sozialpolitik in einem Gemeinwesen, das mehr kollektiven Familiensinn entwickeln müsse. Er plädierte für Modelle familienübergreifenden Zusammenwirkens und erwähnte in diesem Zusammenhang das vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit initiierte Modell „Familien helfen Familien“. Die Politik müsse die Vielfalt der familialen Lebensformen, in denen Kinder heute tatsächlich aufwachsen, nicht nur respektieren, sondern sie müsse ernsthaft versuchen, für die verschiedenen Lebensformen geeignete Unterstützungssysteme zu entwickeln. Dies gelte besonders für Eltern-Familien, in denen Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit von einem einzigen Erwachsenen vereinbart werden muß.

Der Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München, Prof. Dr. **Hans Bertram**, legte dar, daß aufgrund höchst unterschiedlicher ökonomischer, kultureller, sozialer Entwicklungen davon auszugehen sei, daß sich die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik regional und kulturell so ausdifferenziert haben, daß eine einheitliche Beschreibung der Lebensverhältnisse nicht mehr möglich sei. Auf regional verschiedenartige Lebenslagen von Kindern und auf eine ausdifferenzierte gesellschaftliche Struktur müsse entsprechend differenziert politisch

geantwortet werden. Am Beispiel ganz unterschiedlicher Situationen in Stadt- und Landregionen wurde dies deutlich. Während im innerstädtischen Raum in der Regel eine gute Infrastruktur vorhanden ist und damit verbunden ein vielfältiges Schulangebot und familienbegleitende Einrichtungen der Betreuung, können angesichts hoher Mieten Familien mit mehreren Kindern dort kaum noch eine Wohnung finden. Sie ziehen also in Randbezirke bzw. in den ländlichen Raum und erleben dort in der Infrastruktur erhebliche Defizite. Es lassen sich also nicht von einer einfachen Bevölkerungsentwicklung linear bestimmte Maßnahmen ableiten, ohne den jeweiligen regionalen und kommunalen Kontext sehr genau zu sehen und den Blick zu behalten, wie sich eigentlich die Menschen im einzelnen hier verhalten.

Wir brauchen eine politische Offensive für das Kind.

Die Experten aus Wissenschaft und Praxis waren sich einig darin, daß das Kindeswohl bei allen Gesetzgebungs- und Verwaltungsplanungen eingefordert werden muß. Dies sei seit langem gefordert, aber immer noch nicht verwirklicht, wie z. B. ein Blick auf bestehende DIN-Normen zeige, die — nach Meinung des Dortmunder Erziehungswissenschaftlers Prof. **Höltershinken**, dringend überarbeitungsbedürftig sein. Die Experten plädierten für eine stärkere Beteiligung der Einrichtungen der Familien- und Jugendhilfe in der Städtebaupolitik und im Wohnungsbau. Das Kindeswohl müsse gleichermaßen Berücksichtigung finden in der Verkehrspolitik. Speziell für den innerstädtischen Bereich müsse ernsthafte über Geschwindigkeitsbegrenzungen gesprochen werden.

Aufgrund der demographischen Entwicklung sei, so die Experten, damit zu rechnen, daß zukünftig in einer wachsenden

Echternach wiedergewählt

Der Landesvorsitzende der Hamburger CDU, **Jürgen Echternach**, wurde mit großer Mehrheit für weitere zwei Jahre als Parteivorsitzender wiedergewählt. Der Landesparteitag bestätigte am Sonnabend, 27. 2. 1988, den seit 1974 an der Spitze des Landesverbandes stehenden Politiker mit 172 von 226 gültigen Delegiertenstimmen. 52 Delegierte stimmten mit Nein und zwei enthielten sich der Stimme. Mit diesem Ergebnis schnitt Jürgen Echternach ähnlich ab wie bei seiner letzten Wiederwahl im Februar 1986.

Vor den Delegierten griff Echternach den Führungsstil des Hamburger Bürgermeisters von Dohnanyi heftig an und warf ihm unter anderem vor, bei seinen Rechtfertigungsversuchen für die Lösung des Hafenstraßen-Problems „öffentlich das hohe Lied des Rechtsbruchs“ vorgetragen zu haben.

Echternach bezog sich bei seinen Attacken vor allem auf eine Rede des Ersten Bürgermeisters bei der Verleihung der

Heuss-Medaille in Stuttgart. Wie ein roter Faden, so sagte Echternach, ziehe sich durch diese Rede „Solidarität mit den Rechtsbrechern in der Hafenstraße“.

Die These des SPD-Politikers, daß zur Sicherung des zukünftigen Friedens gerade diejenigen unentbehrlich seien, die das geltende Recht in Frage stellten, sei inakzeptabel. Sie laufe darauf hinaus, „die Widersacher unserer Rechtsordnung und unseres Staates zu friedensstiftenden Ordnungskräften empor zu stilisieren“. Wenn ein Senatsmitglied glaube, so Echternach, sich nicht mehr entsprechend seinem Amtseid an Grundgesetz und Hamburger Verfassung halten zu können, müsse es zurücktreten. Die von Dohnanyi erreichte Lösung für die Bewohner der Hafenstraßenhäuser sei bundesweit ein „Signal für die Erpreßbarkeit des Staates“. Dohnanyis sogenannter Frieden sei nicht das Ende, sondern der Anfang weiterer Auseinandersetzungen mit den Feinden des Rechtsstaates.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Zahl von Familien beide Elternteile erwerbstätig sind. Dies mache es zwingend notwendig, über mehr familienintegrierte wie familienbegleitende Möglichkeiten der Kinderbetreuung nachzudenken. In diesem Kontext müsse auch über Ganztagschulen gesprochen werden. Rita Süßmuth wandte sich gegen die Behauptung, daß Ganztagschulen etwas mit sozialistischer Erziehung zu tun hätten. Sie verwies auf die vielen Ganztagschulen in Großbritannien und Frankreich. Wir sollten aus der ideologisch verhärteten Diskussion herauskommen und auch hier im Blick behalten, was nötig ist, damit Kinder und Eltern entlastet werden.

Die Frauenunion wird in den nächsten Monaten ein Programm entwickeln, in dem die Eckdaten und Vorgaben zu einer wirklichen Politik für das Kind aufgenommen werden.

Christiane Bertels stellv. CDU-Sprecherin

Neue stellvertretende Sprecherin der CDU Deutschlands wird die 30jährige Christiane Bertels aus Haltern/Westfalen. Wie CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn mitteilte, wird Frau Bertels ihre Tätigkeit im April aufnehmen. Sie war seit den 70er Jahren Referentin des CDU-Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer und arbeitet seit 1985 als Pressesprecherin des Hartmannbundes.

Das große Verdienst von Helmut Kohl

Das ist der Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl: In Europa geht es endlich wieder weiter. Mit den USA erreicht Helmut Kohl Übereinstimmung in Abrüstungsfragen. Das internationale Presseecho ist positiv:

»Bundeskanzler Kohl hat als Verhandlungsführer auf diesem schwierigen Gipfel eine staatsmännische Leistung vollbracht.«

General Anzeiger

»Sein Brüsseler Auftritt war diesbezüglich beispielhaft. Bravo und Dankeschön, Herr Bundeskanzler.«

Dernières Nouvelles d'Alsace

»Der Kanzler ist von dem Brüsseler Europa-Gipfel mit einem Erfolg zurückgekehrt.«

Die Zeit

»Der Brüsseler Gipfel war ein echter Erfolg. Dank des gemeinsamen Vorgehens Frankreichs und der Bundesrepublik hat Europa sich endlich die Mittel gegeben, seinen Willen frei zu äußern.«

Le Figaro, Frankreich

»Bundeskanzler Kohl hat sich in Washington in allen wesentlichen Positionen durchgesetzt.«

Neue Osnabrücker Zeitung

»Helmut Kohls Besuch in Washington war ein Erfolg.«

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

»Binnen einer Woche hat Bundeskanzler Kohl zwei ganz unterschiedliche, aber jeweils bedeutsame Kompromisse mit den Verbündeten schließen können.«

Rheinische Post

»Die außenpolitische Bilanz der Bundesregierung ist im Augenblick beeindruckend.«

Kölnische Rundschau

»Für den Kanzler war es sein erfolgreichster Auslandsbesuch.«

Express

Wir haben heute gleichzeitig ein gutes Verhältnis zu Frankreich und den USA. Das hat es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben: Ein großes Verdienst von Bundeskanzler Helmut Kohl.

CDU



Die Zukunft

Liebe Leserinnen und Leser des UiD

40mal im Jahr erhalten Sie den Informationsdienst der CDU „Union in Deutschland“ (UiD). Das bedeutet 40mal Information aus erster Hand über die Politik der Union: Fakten, Daten, Texte, die Sie vor Ort sofort einsetzen können.

Ich bin davon überzeugt, daß der UiD ein unentbehrlicher Begleiter für **jeden** ist, der sich aktiv und engagiert für die Ziele der Christlich Demokratischen Union Deutschlands einsetzt. Deshalb möchte ich Sie herzlich darum bitten, auch Ihre Freunde und Bekannte auf den UiD aufmerksam zu machen und sie für ein Abonnement zu gewinnen.

Schnelle und aktuelle Information, das heißt auch, den UiD druckfrisch per Post ins Haus zu liefern und das verursacht bei mehr als 40 000 Empfängern hohe Kosten. Sollten Sie den UiD auf Grund eines politischen Amtes bis jetzt kostenlos erhalten haben, möchte ich Sie herzlich bitten, die Arbeit des UiD in Zukunft mit einem Jahresabonnement zu unterstützen*.

Für Ihr Verständnis möchte ich Ihnen schon jetzt danken.

Ihr

Heiner Geißler
Heiner Geißler



An die

**Union Betriebs GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73—75
5300 Bonn 1**

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement des UiD (40 Ausgaben zum Preis von 48,— DM)

- ☐ Ich bin ein neuer Abonnent
- ☐ Ich beziehe den UiD bereits kostenlos

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

* Zur Bestellung Ihres Abonnements brauchen Sie nur den Coupon auszufüllen und abzusenden. 40 Ausgaben kosten übrigens nur 48,— DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

ICH BIN JETZT MIT DABEI:

Annette Humann, verheiratet, zwei Kinder

„Eine gute Zukunft – die möchte ich schon gerne nach meinen Ideen und Vorstellungen mitgestalten. Deshalb wurde es ganz einfach Zeit, bei der CDU mitzumachen. CDU-Mitglied sein, das heißt für mich: Politische Informationen aus erster Hand, mitdiskutieren, mitentscheiden. Die CDU garantiert eine sichere Zukunft für meine Familie und mich. Und ich möchte aktiv dazu beitragen, daß es so weiter geht.“

UND SIE?



Machen auch Sie mit. Amuf genügt. Die CDU finden Sie in jedem Telefonbuch, entweder unter „CDU“ oder unter „Christlich Demokratische Union Deutschlands“.

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD

7/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjke. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,- DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.